## Änderungsantrag der SP-Fraktion vom 13. Oktober 2025

Vorlage des Regierungsrats vom 29. April 2025	Änderungsantrag der SP-Fraktion vom 13. Oktober 2025
	Planungs- und Baugesetz (PBG)
	I.
Art. 81 e. Mehrlängenzuschlag	
<sup>1</sup> Der Mehrlängenzuschlag bezeichnet bei Gebäuden innerhalb der Bauzonen nach Artikel 22 dieses Gesetzes, welche eine Gebäudelänge von 18,0 m überschreiten, den Zuschlag zum Grenzabstand.	<sup>1</sup> Der Mehrlängenzuschlag bezeichnet bei Gebäuden innerhalb der Bauzonen nach Artikel 22 dieses Gesetzes, welche eine Gebäudelänge von <del>18</del> 25,0 m überschreiten, den Zuschlag zum Grenzabstand.
<sup>2</sup> Der Zuschlag beträgt einen Drittel der Mehrlänge des Gebäudes, höchstens jedoch das Mass des jeweiligen Grenzabstands.	
<sup>3</sup> Die massgebende Gebäudelänge für die Berechnung des Mehrlängenzuschlags ergibt sich aus der senkrechten Projektion des Gebäudekörpers auf die Grundstück- grenze. Bei gestaffelten oder nicht parallel zur Grenze gestellten Baukörpern vermin- dert sich die massgebende Gebäudelänge um das Mass der Zurückversetzung, ge- messen ab dem Grenzabstand.	
<sup>4</sup> Gegenüber den Gebäudeecken ist der Mehrlängenzuschlag nicht zu berücksichtigen.	
<sup>5</sup> In Arbeits-, Zentrums- sowie Tourismus- und Freizeitzonen kann der Gemeinderat auf den Mehrlängenzuschlag verzichten, wenn dadurch keine wohnhygienisch schlechten Verhältnisse entstehen. Gegenüber Wohnzonen und gemischten Zonen ist jedoch der Mehrlängenzuschlag einzuhalten.	

## Begründung:

- Verdichtetes Bauen soll ermöglicht werden
- Lehnt sich an die Masse der umgebenden Kantone an, soweit möglich
- Stellt einen massvollen Kompromiss zwischen Regierungsrat und Kommission dar